

# Kommission winkt Jagdgesetzänderung durch

Norbert Zengaffinen

**Die Umweltkommission des Ständerats will die Wolfsbestände in der Schweiz künftig wie jene der Steinböcke regulieren. Ständerat Beat Rieder gilt als einer der Vordenker der Vorlage.**

Die Wolfspopulation in der Schweiz steigt jährlich um etwa 30 Prozent an. Greift der Staat jetzt nicht ein und erlässt ein Gesetz, damit die Bestände reguliert werden können, wird auf den Schweizer Alpen die Sömmerung von Nutztieren mit einem noch vertretbaren Aufwand in absehbarer Zeit kaum mehr möglich sein. In der Schweiz leben zurzeit etwa 160 Wölfe in 16 Rudeln. Der Bestand im Wallis wird auf etwa 30 Tiere in vier Rudeln geschätzt.

Am Freitag hat die ständerätliche Kommission für Umwelt (UREK-S) einen ersten Pflock zur Ermöglichung der Regulierung und auch der Reduzierung der übergrossen Wolfsbestände eingeschlagen. «Die Umweltkommission des Ständerats hat am Freitag einen Entwurf für die Teilrevision des Jagdgesetzes verabschiedet. Sie fokussiert auf die proaktive Regulierung von Wolfsbeständen, um Schäden oder eine Gefährdung von Menschen zu verhindern», sagt Kommissionsmitglied Ständerat Beat Rieder (Die Mitte Oberwallis) auf Anfrage des «Walliser Boten». Die Kommission hat der Vorlage mit 9 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Auch wenn er das so nicht geschrieben haben will, gilt Rieder als einer der treibenden Kraft im Parlament, damit die schnell anwachsende Wolfspopulation in den Griff zu bekommen ist. «Die Gesetzesänderung sieht im Wesentlichen vor, dass die Kantone auf Antrag ans BAFU jährlich festlegen können, wo und wie viele Wölfe sie zulassen wollen. Wie beim Steinbock werden so jährliche Abschusskontingente mit Absprache mit dem BAFU festgelegt.»

Natürlich aber sei eine Untergrenze definiert, die sicherstellen müsse, dass die Alpenpopulation der Wölfe nicht in ihrer Existenz gefährdet werden. Nach oben allerdings gebe es keine Luft mehr. «Die Obergrenze der Wolfsbestände in der Schweiz ist erreicht. Mehr Wölfe verträgt die Schweiz nicht mehr.»

Weiter unterstreicht die Kommission die Notwendigkeit und erweitert auch den Handlungsspielraum beim Abschuss von einzelnen Tieren: Neu sollen Wölfe, die ihre natürliche Scheu verlieren, zunehmend in Siedlungen auftauchen und so zum Risiko werden, erlegt werden können.

Das Geschäft kommt laut Rieder im Herbst in den Ständerat. Sollte die Gesetzesänderung dort angenommen werden, wird der Nationalrat schon in der kommenden Dezember-Session darüber befinden. Bei einer Annahme könnte die schlanke Revision des Jagdgesetzes für die Regulierung des Wolfs bereits im kommenden Jahr in Kraft gesetzt werden. Vorausgesetzt, Parteien und Umweltorganisationen ergreifen nicht das Referendum und erzwingen eine Volksabstimmung.